



# Sicherheitspolitik Bremen

[www.sicherheitspolitik-bremen.de](http://www.sicherheitspolitik-bremen.de)

**Hans Bösenberg**  
Oberst a.D.

Oberländer Hafen 11, 22.10.2016  
28199 Bremen  
Tel.: 0421-69899793  
Fax: 032223774007  
E-Mail: [hans.boesenberg@t-online.de](mailto:hans.boesenberg@t-online.de)

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum „Gesprächskreis Sicherheitspolitik“ lade ich Sie herzlich ein:



**Joerg Helge Wagner**

Leiter Politikredaktion des ‚Weser-Kurier‘

**Im Krisenjahr 2016:  
‚Weißbuch 2016‘ und ‚EU Global Strategy 2016‘**

**Dienstag, 22. November 2016, 19:00 Uhr  
Haus Schütting, Markt 13, 28195 Bremen**

Mit freundlichen Grüßen

**Anmeldung erbeten bis 18.11.2016**

## Das Thema

Die Kumulation verschiedener langjähriger sicherheitspolitischer Trends macht 2016 zu einem markanten Jahr des Umbruchs. Geopolitik bestimmt die derzeit im Ukraine- und Syrien-Krieg eskalierenden Krisen; der sogenannte IS erzwingt eine neue Form der Terrorismusbekämpfung; die hybride Kriegführung erfordert ein grundsätzliches Umdenken in der Bedrohungsabwehr; Multipolarität kennzeichnet die internationale Ordnung; im Systemkonflikt gewinnt der Autoritarismus an Boden. Insbesondere der Syrien-Krieg, der den Bosnien-, Afghanistan- und Georgien-Krieg nach Qualität und Dimension in den Schatten stellt, erschreckt eine Welt, die nach 1990 euphorisch in Zukunftsvorstellungen einer dauerhaft globalen Harmonie schwebte und auch 2001 nach Nine-Eleven eine Rückkehr zu Konfliktarten vergangener Jahrhunderte für undenkbar hielt. In Europa werden wieder Grenzen gewaltsam verschoben. Sogar der bipolare Großmachtkonflikt scheint derzeit ein Revival zu erfahren. Die Europäische Union, als erfolgreiches und vorbildliches Jahrhundertprojekt für unumkehrbar gehalten, wird massiv in Frage gestellt. In der Flüchtlingskrise, im Brexit, im Anwachsen des Rechtspopulismus zeigt sich ihre Brüchigkeit. Der Nationalstaat, für viele ein überholtes Ordnungsinstrument des 19. Jahrhunderts, den Herausforderungen der Globalisierung nicht gewachsen, gewinnt wieder an Ansehen als zentrale Gestaltungsautorität. Eine neue internationale (Un-) Ordnung entsteht.

In dieser Zeit erscheinen zwei sicherheitspolitische Grundsatzdokumente, das „Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“ und die „European Union Global Strategy“ der EU. Diese Dokumente lösen Vorläufer ab, die angesichts der sicherheitspolitischen Dynamik ein geradezu biblisches Alter aufweisen, das „Weißbuch 2006“ und die „Europäische Sicherheitsstrategie“ von 2003.

Im „Weißbuch 2016“, erstmals von der Bundesregierung insgesamt beschlossen und nicht nur vom BMVg verantwortet, ist die Mitwirkung des Auswärtigen Amtes unübersehbar. Die inhaltliche Zielrichtung wird geprägt durch die zentralen Aussagen der „Münchener Sicherheitskonferenz 2014“ (Gauck-Rede) und des Strategiepapiers „Neue Macht, neue Verantwortung“ der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ und des „German Marshall Fund“. „Deutschland ist bereit, sich früh, entschieden und substanziell als Impulsgeber in die internationale Debatte einzubringen, Verantwortung zu leben und Führung zu übernehmen“, wird im 1. Absatz des Weißbuchs hervorgehoben.

Im sicherheitspolitischen Teil werden die Prämissen der deutschen Sicherheitspolitik umfassend aktualisiert. Gestaltungswille in globaler Verantwortung, werte- und interessenbestimmt, ist Leitlinie. Unter Berücksichtigung des fundamental veränderten sicherheitspolitischen Umfeldes werden strategische Prioritäten in sicherheitspolitische „Gestaltungsfelder“ umgesetzt, aus denen wiederum die angestrebten Fähigkeiten der Bundeswehr abgeleitet werden. Die Aufrechterhaltung einer „regelbasierten internationalen Ordnung“ ist dominantes Ziel. Deutschland wächst eine Führungsrolle in Europa zu. „Ertüchtigung“ von Drittstaaten mit dem Ziel regionaler Stabilitätsförderung, ohne überzogene „State-Building“-Ambitionen, markiert einen neuen Ansatz im internationalen Krisenmanagement. Die Landes- und Bündnisverteidigung erobert ihren alten Stellenwert im Aufgabenspektrum der Bundeswehr zurück, gleichrangig mit Auslandseinsätzen im Rahmen des internationalen Krisenmanagements. „Resilienz“ wird zu einem zentralen Schlagwort sicherheitspolitischer Zielbestimmung. Defizite in den derzeitigen Fähigkeiten der Bundeswehr, diese Ansprüche zu erfüllen, werden deutlich angesprochen. Unter den Risiken werden der internationale Terrorismus und die Cyber-Bedrohung besonders hervorgehoben. Angesicht des kritischen Sachstandes der europäischen Integration werden andere Kooperationsmodelle wie das „Weimarer Dreieck“ und bilaterale Aktivitäten betont.

Einige Kernsätze des Weißbuchs lauten: „...ist die deutsche Identität untrennbar verbunden mit der europäischen (...) Deutschlands sicherheitspolitischer Horizont ist global (...) Als Fernziel strebt Deutschland eine gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion an. (...) ...nimmt Deutschland bewusst gegenseitige Abhängigkeiten in Kauf (...) Deutschland muss ein attraktiver und verlässlicher Sicherheitspartner in der gesamten Bandbreite der sicherheitspolitischen Handlungsinstrumente sein (...) unsere gewachsene Rolle in der internationalen Sicherheitspolitik führt weder zu Automatismen noch zu Handlungszwängen, die unseren Werten und Interessen zuwiderlaufen oder unsere Möglichkeiten überdehnen“.

Kritische Stimmen zum Weißbuch vermerken vor allem, dass es den Anspruch einer umfassenden nationalen Sicherheitsstrategie nicht erfülle. Vermisst werden überzeugende Regelungen zur gesamtstrategischen Handlungsfähigkeit („nationaler Sicherheitsrat“). Insgesamt sei eine Verengung auf vorrangig militärische Aspekte zu konstatieren. Moniert wird auch unzureichende Klarheit im Hinblick auf die Akzeptanz gegenseitiger Abhängigkeiten in Bündnissen (Konflikt „Breite-Tiefe“, Rahmennationen-Konzept). Die Aufwertung der

Landes- und Bündnisverteidigung werde unzureichend in Fähigkeiten und Struktur der Streitkräfte ausbuchstabiert. Die Abstimmung mit dem „Aktionsplan Zivile Krisenprävention“ sei unzureichend. Eine deutliche Umsetzung der Erkenntnisse aus bisherigen Einsätzen im Hinblick auf den Grundsatz „Responsibility-to-Protect (R2P)“ werde vernachlässigt. Die Bereitschaft zur Teilnahme an UN-Einsätzen verdiene stärkere Betonung, die Bindung von Interventionsseinsätzen an ein UN-Mandat werde relativiert. Der zentrale Handlungsbedarf hinsichtlich einer Erhöhung des Verteidigungshaushalts werde zwar angesprochen, bleibe aber unrealistisch.

Deutsche Sicherheitspolitik ist eng verbunden mit der europäischen. Nur über die EU kann Deutschland globalen Einfluss gewinnen und behaupten. Der Blick auf die fast gleichzeitig erschienene „European Union Global Strategy“ drängt sich somit auf.

„...as a Union of almost half a billion citizens, our potential is unparalleled“ schreibt Federica Mogherini, Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, selbstbewusst in das Vorwort des Strategiedokuments. „...our partners expect the European Union to play a major role, including as a global security provider.“

Naturgemäß ist das Dokument der EU insgesamt breiter angelegt als das nationale. Schon im Titel beansprucht es als „globale Strategie“ eine übergeordnete Sicht, die nach einer Fortschreibung in engeren Themenbereichen wie der GSVP verlangt. Der Europäische Rat wird sich im Dezember 2016 mit konkreten Folgeschritten befassen. Davon unabhängig zeichnet sich das Papier in derzeitiger Form durch eine weitsichtige Zielansprache und ambitionierte strategische Grundsatzvorstellungen zu den Möglichkeiten der EU aus. Im breiten Spektrum vom Visionären („Europa-Armee“) über das Wünschenswert-Machbare („permanentes EU-Hauptquartier“) bis zum sehr Konkreten (Einsatz „battle groups“) sucht es Orientierung zu bieten. Die Kombination ziviler und militärischer Machtprojektion wird als hervorragendes Kompetenzmerkmal der EU unterstrichen. Wie im Weißbuch wird „Resilienz“ zu einem Zentralbegriff erhoben. Die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ nach dem Lissaboner Vertrag wird als Verbesserungsansatz für die GSVP herausgestellt, solange eine weitergehende Integration unrealistisch erscheint.

Die „EU Global Strategy“ formuliert fünf Prioritäten ihres außenpolitischen Handelns: Security of our Union / State and societal resilience to our East and South / An integrated approach to conflicts / Cooperative regional orders / Global Governance for the 21st century.

Einige besonders bemerkenswerte Aussagen lauten: „The EU will promote a rules-based global order with multilateralism as its key principle and the UN at its core. (...) There is no clash between national and European interests. (...) European security and defence efforts should enable the EU to act autonomously (...) It is in the interests of our citizens to invest in the resilience of states and societies to the east stretching into Central Asia, and south down to Central Africa. (...) A credible enlargement policy represents a strategic investment in Europe’s security and prosperity. (...) ...we will develop common and tailor-made approaches to migration featuring development, mobility, legal migration, border management, readmission and return. (...) We will invest in African peace and development as an investment in our own security and prosperity. (...) EU foreign policy is not a solo performance: it is an orchestra which plays from the same score. Our diversity is a tremendous asset provided we stand united and work in a coordinated way.“

Kritische Stimmen merken zur „EU Global Strategy“ an, dass manche ihrer Zielsetzungen nicht nur ambitioniert, sondern schlicht unrealistisch seien, so beispielsweise diejenige „to enable the EU to act autonomously“. Die Defizite der derzeitigen Internationalen Ordnung (Schwäche UN, OSZE und anderer supranationaler Organisationen) würden unzureichend thematisiert. Die Propagierung verbesserter Zusammenarbeit verharre im Unverbindlichen; so würden das Verhältnis zur NATO und die Problematik von Ad-hoc-Koalitionen „of the willing“ nicht genügend beleuchtet.

Der unvorhergesehene Brexit als Ausdruck der Erosion der EU, russische Gewaltpolitik, der amerikanische Rückzug aus der Übernahme internationaler Verantwortung stellen bisherige Grundbedingungen europäischer Sicherheitspolitik in Frage. Für Deutschland ist unverzichtbar, sich über die EU als Gestaltungsmacht, als „global player“, im internationalen Umfeld zu behaupten. Zu den zentralen Anliegen zählt folglich die Überwindung der Krise der EU, die Wiederbelebung der friedensstiftenden europäischen Idee in ihrer ordnungspolitischen Vorbildfunktion, der Mut zum Festhalten an einer Vertiefung der Integration in wichtigen Politikbereichen wie der GSVP (bis hin zur Europa-Armee). Realistische Ansätze bieten - auch oder sogar verstärkt nach dem Brexit - verschiedene Kooperationsmodelle, besonders die „Ständige Strukturierte

Zusammenarbeit“, in einem konsequent dem Subsidiaritätsprinzip verpflichteten Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten. Die Bereitschaft zu weiteren nationalen Souveränitätsverzichten (besser bezeichnet als Bündelung auf europäischer Ebene), insbesondere die Ausweitung des Mehrheitsprinzips in EU-Gremien, bleibt eine Grundvoraussetzung.

Aus heutiger Sicht erscheint die Neuinterpretation der Sicherheitspolitik nach 1990 in manchen ihrer Folgerungen zumindest vorschnell. Zu den „lessons learned“ zählt es deshalb, angesichts der derzeitigen Umbruchsituation in der Sicherheitspolitik verstärkt auf Flexibilität, Langfristigkeit und Vernetzung zu setzen. Beide Dokumente, die „EU Global Strategy“ wie das „Weißbuch 2016“, enthalten wichtige Denkansätze zur Bewältigung der außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

## Der Referent

### **Joerg Helge Wagner**

- 1962: geboren in Düsseldorf
- 1981: - Abitur am Richard-Wagner-Gymnasium Baden-Baden  
- Studium der Rechtswissenschaften an der Albrecht-Ludwigs-Universität Freiburg
- 1982: Studienfachwechsel: Neuere Geschichte, Wirtschaftsgeschichte, Politikwissenschaften
- 1984: Wechsel an die Universität zu Köln
- 1985: Wechsel an die Universität Düsseldorf
- 1990: Politikredakteur beim „Badischen Tagblatt“
- 1991: Reportagereise nach Israel während des Golfkrieges
- 1993: Reportage über NATO-Mission „Air Drop/Air Land“ in Bosnien (Luftwaffe & USAF)
- 1994: Reportagereise nach Russland
- 1999: Wechsel zum „Weser-Kurier“ als Stv. Ressortleiter Politik
- 2001: Reportagereise nach Mali (Plan International)
- 2003: Reportagereise nach Äthiopien (Plan International)
- 2004: Reportagereise ins Kosovo (US-Botschaft, Bw, US Forces)
- 2007: - Beförderung zum Ressortleiter  
- Reportagereise in den Jemen (DED)  
- Reportagereise nach China, Zentralprovinz Shaanxi (Plan International)
- 2010: Reportagereise nach Afghanistan (gemeinsam mit der Bremer MdB Marieluise Beck)
- 2011 2. Afghanistan-Reise (wieder mit MdB Beck), abgebrochen in Delhi kurz nach der Tötung Osama bin Ladens auf Anraten der deutschen Botschaft in Kabul
- 2012/13: Betreuung der Digital-Edition / App des „Weser-Kurier“
- 2014: Erneut Ressortleiter Politik
- 2016: Reportagereise nach Vietnam (Plan International)

In seinen regelmäßigen Kommentaren im **Weser-Kurier** zu einem breiten Themenspektrum beeindruckt **Joerg Helge Wagner** durch Unabhängigkeit seiner Meinung, die er prägnant formuliert. Der Themenbereich der „Außen- und Sicherheitspolitik“ steht häufig im Fokus seiner Beiträge.

Zum Weißbuch 2016 schrieb Joerg Helge Wagner im Weser-Kurier vom 14.07.2016  
„Das neue Weißbuch folgt der Einsicht, dass ausnahmslos alle aktuellen Kriege, Krisen und Bedrohungen globale Effekte haben und es folglich keine Insel der Seligen geben kann – schon gar nicht für einen 82-Millionen-Industriestaat ohne nennenswerte Bodenschätze. Wenn dieser, durchaus eigennützig, die ‚global Ordnung aktiv mitgestalten‘ will, kann er das nicht allein mit Entwicklungshilfe und stiller Diplomatie erreichen. (...) Die Bundeswehr muss nun gewiss nicht in Atomsprengköpfe investieren, wohl aber in Köpfe.“